

Mehr Angststörungen und Depressionen: Psychiatrien bekämpfen Corona-Folgen

Die Nachfrage nach psychotherapeutischen Behandlungen in allen Altersgruppen steigt.

Melanie Schnider

Vor der Coronakrise wurde ein Zusammenbruch des Schweizer Spitalsystems befürchtet. Von einem möglichen Kollaps der Psychiatrien hat niemand gesprochen. Dabei sind diese äusserst stark ausgelastet – nicht nur im Kanton Schwyz. Besonders betroffen ist die Kinder- und Jugendpsychiatrie.

«Aktuell herrscht bei uns eine sehr hohe Nachfrage nach psychiatrischer Behandlung», berichtet Jörg Leeners, Chefarzt und Bereichsleiter der ambulanten Kinder- und Jugendpsychiatrie Triaplus der Kantone Schwyz, Uri und Zug. «Wir haben viele Notfälle sowie eine lange Warteliste.» Zwei Monate betrage die Wartezeit im Kanton Schwyz für die ambulante Erstabklärung einer psychischen Erkrankung bei Kindern und Jugendlichen, in Luzern sogar drei bis sechs Monate.

Dies hat zwei Gründe: «Zum einen konnten wir während dem Lockdown nicht richtig arbeiten, Abklärungstermine und psychotherapeutische Sitzungen waren oft nicht möglich», informiert Leeners und fährt fort: «Zum anderen sehe ich das Coronavirus als weitere Ursache für den Anstieg.» Dies könne er zwar nicht eindeutig wissenschaftlich belegen, doch es liege sehr nahe. Die psychosozialen Belastungsfaktoren hätten für die Kinder und Jugendlichen während der Coronakrise massiv zugenommen.

Überweisung in Kanton Thurgau für stationäre Behandlung

«Das Virus wirkte sich auf die Menschen in ihrer Umgebung aus, ängstigte diese und veränderte deren Verhalten. Das verunsichere viele der Kinder und Jugendlichen», erklärt Chefarzt Leeners. Die momentan meistbehandelten Krankheitsbilder bei Kindern und Jugendlichen seien Angststörungen und Depressionen sowie suizidale Gedanken.

Die Triaplus Kinder- und Jugendpsychiatrie Schwyz behandelt ambulant jährlich 1600 Patienten und Patientinnen. Benötigen diese einen stationären Aufenthalt, werden sie in den



Steigende Patientenzahlen in der Psychiatrie: Die Coronakrise verschärft einen bereits langjährigen Trend.

Bild: PD

Kanton Thurgau an das Zentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie (ZKJPP) der Clenia Littenheid überwiesen. Diese ist Vertragspartner und Listenspital von zehn Kantonen, darunter auch Schwyz, Uri und Zug. Wie sieht die Lage dort aus?

«Auffallend war eine überdurchschnittliche Auslastung des ZKJPP während der Monate März bis Mai», sagt Lars Wöckel, Chefarzt des ZKJPP. Wie viele Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Schwyz momentan im ZKJPP behandelt werden, dürfe er aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht bekannt geben. Durchschnittlich seien es jedoch jährlich 45 Kinder oder Jugendliche aus unseren Breitengraden.

«Bereits vor der Coronakrise behandelten wir stationär viele Kinder und Jugendliche in suizidalen Krisen

Mehr Anfragen wegen hohem Leidensdruck bei Erwachsenen

Erwachsenenpsychiatrie Eine ebenfalls sehr hohe Auslastung seit Aufhebung des Lockdowns verzeichnen die Ambulatorien im Kanton Schwyz für Personen über 18 Jahre. «Bei uns häufen sich momentan sehr dringliche Anfragen von Patienten, die unter starkem Leidensdruck stehen», informiert Angelika Toman, Chefarztin der Ambulanten Psychiatrie und Psychotherapie (APP) Schwyz mit den Standorten in Goldau, Lachen und Einsiedeln.

Das gleiche Szenario in der Klinik Zugersee. Diese übernimmt sechzig Prozent der erwachsenen Patienten des Kantons Schwyz für eine stationäre Be-

handlung. «Normalerweise haben wir bezüglich der Patientenzahlen immer ein regelrechtes Sommerloch», sagt Josef Jenewein, Chefarzt der Klinik Zugersee, «doch diesen Sommer sind wir fast komplett besetzt.»

Die in Lachen selbstständig tätige Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie Veronika Menzi meint dazu passend: «Die kollektive Angst in der Gesellschaft verunsichert nicht nur Gesunde, sondern speziell die psychisch vorbelasteten Patienten. Die düsteren wirtschaftlichen Perspektiven mit drohender Arbeitslosigkeit machen die Lage noch anspruchsvoller.» (me)

Steigende Zahlen als Trend

Nicht erst die Corona-Krise hat zu den steigenden Patientenzahlen geführt. Die Chefarztin der Ambulanten Psychiatrie und Psychotherapie (APP) Schwyz, Angelika Toman, betont: «Bereits von 2018 auf 2019 sind die Patienten- und Konsultationszahlen der APP um vier Prozent gestiegen, ähnlich wie in den Vorjahren. Somit scheint es sich um eine längerfristige Entwicklung zu handeln.»

In den letzten Jahren wurden an den drei Standorten der Ambulanten Psychiatrie und Psychotherapie um die 2700 Patienten behandelt mit über 36 000 Konsultationen. (me)

oder mit Depressionen», so Wöckel, «allerdings haben diese beiden Krankheitsbilder während der Coronakrise zugenommen.» Trotz der überdurchschnittlich hohen Nachfrage seien die Notfall- und Krisenbehandlungen weiterhin möglich gewesen.

Luzern befürchtet weiteren Anstieg nach Schulbeginn

Neben der Clenia Littenheid nimmt auch der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst (KJPD) der Luzerner Psychiatrie vereinzelt psychisch Kranke aus den Kantonen Schwyz, Uri und Zug für eine stationäre Behandlung auf.

«Diese Kinder und Jugendlichen werden meist über das Kinderspital zu uns überwiesen», erklärt Oliver Bilke-Hentsch, Chefarzt der KJPD. Psychiatrische Notfälle könnten aktuell jederzeit aufgenommen werden. Dennoch betont Bilke-Hentsch: «Wir erwarten eine grosse Nachfragesteigerung, sobald die Schule wieder beginnt.» Der Lockdown und das Home-schooling hätten zum vermehrten Rückzug depressiver und sozial ängstlicher junger Menschen geführt. «Ende August wird sich zeigen, ob diese Kinder und Jugendlichen den Wiedereinstieg in den Schulbetrieb packen oder nicht», so Bilke-Hentsch.

Die Linke will Einbürgerungen nach zwei Jahren

Die SP untermauert zwei Vorstösse für einfachere Einbürgerungen mit Daten eines parteinahen Projekts. Und weist das nicht aus.

Die Einbürgerungskommission der Gemeinde Arth musste sich heftige Kritik aus Lausanne anhören. Als willkürlich taxierte das Bundesgericht einen Beschluss der Kommission, das Einbürgerungsgesuch eines Italieners abzuweisen. Laut war der Aufschrei nach dem Leitentscheid vom 18. Dezember 2019, von «Einbürgerungssosse» und «Schikane» schrieb die Schweizer Presse.

Zu viel für die SP des Kantons Schwyz. Sie will das Einbürgerungsverfahren vereinfachen. Darum haben die Kantonsräte Jonathan Prelicz (Arth), Andreas Marty (Einsiedeln) und Fraktionspräsidentin Carmen Muffler (Freienbach) eine Einzelinitiative eingereicht. Ziel: Einbürgerungswillige sollen ihr Gesuch einreichen können, wenn sie seit zehn Jahren in der Schweiz und seit zwei Jahren in ihrer Wohngemeinde leben. Stand jetzt ist ein fünf-

jähriger Aufenthalt in der Gemeinde notwendig. Das ist nicht mehr zeitgemäss, findet die SP. Auf Anfrage sagt Jonathan Prelicz: «Angenommen, eine Person zieht innerhalb des Kantons um – dann muss sie am neuen Wohnort wieder fünf Jahre warten, ehe sie ihr Gesuch einreichen darf. Das ist auch der Fall, wenn sie von Steinen nach Steinerberg zieht.»

SVP-Haas: «Man muss die Leute in den Gemeinden kennen»

«Klar, dass man mit solchen Extrembeispielen kommt», kontert Thomas Haas. Der Lachner Kantonsrat und SVP-Fraktionspräsident hält wenig von der SP-Idee: «Es ist richtig, dass die Minimaldauer im Kanton Schwyz bei fünf Jahren bleibt.» Die Einbürgerungskommissionen müssten wissen, wen sie zum Schweizer machen. «Man muss



Jonathan Prelicz an der Kantonsratssession im MythenForum.

Bild: Erhard Gick

die Leute kennen. Und das geht besser, wenn jemand fünf Jahre in einer Gemeinde wohnt, als wenn er alle zwei Jahre umzieht.»

Mit der Einzelinitiative ist es bei den Genossen in Sachen Einbürgerungswesen nicht getan. Sie verlangen zusätzliche, verlässliche Informationen vom Schwyzer Regierungsrat.

Wenig Transparenz bei der Quellenangabe

Mit einer Interpellation wollen Prelicz & Co. wissen, wie das Verhältnis zwischen angenommenen und abgelehnten Gesuchen ist. Und sie wollen wissen, was die Regierung unternimmt, um die Quote zu senken. Zur Begründung heisst es in einer Medienmitteilung: «Aktuelle Recherchen decken auf, dass kommunal teilweise sehr restriktiv eingebürgert wird.» Die Interpellanten be-

ziehen sich auf Erhebungen des Projekts Einbürgerungsgeschichten. Dieses kam anhand der Jahresrechnungen zum Schluss, dass zwischen 2016 und 2018 in der Gemeinde Arth jedes zweite und in Freienbach fast jedes vierte Gesuch abgelehnt worden ist.

Was weder Interpellation noch Mitteilung verraten: Die Betreiber der Plattform stammen aus SP-Kreisen. Halter des Seitennamens ist der ehemalige Gersauer Kantonsratskandidat Philipp von Euw, ebenfalls beteiligt ist Wahlkampfleiter Elias Studer aus Oberarth. Auf die Frage, weshalb man das nicht transparent gemacht habe, sagt Prelicz, man habe nicht Einzelpersonen, sondern das Projekt als Quelle nennen wollen. Daran beteiligt seien SP-Mitglieder, aber auch unabhängige Personen.

Kilian Küttel